

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 45. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 23. November 2017

### 1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und  
Kathrin Anklam-Trapp  
(SPD)**

#### Arbeitsmarktintegration

Laut Presseberichterstattung haben das rheinland-pfälzische Arbeitsministerium und die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit ein Programm mit Initiativen zur Arbeitsmarktintegration 2018/2019 entwickelt, das Mitte November durch die Arbeitsministerin und die Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland öffentlich vorgestellt wurde. Aufgrund der guten Arbeitsmarktlage gelte es nun insbesondere, die Perspektiven für langzeitarbeitslose Menschen, Geflüchtete und Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was sind die Schwerpunkte des Arbeitsmarktprogramms 2018/2019 des rheinland-pfälzischen Arbeitsministeriums und der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit?
2. Welche Bedeutung hat das Projekt der „Westpfalzinitiative“ für die Entwicklung des Arbeitsmarktprogramms?
3. An welche besonderen Zielgruppen richtet sich das Arbeitsmarktprogramm?
4. Welche Projekte und Programme außerhalb des Arbeitsmarktprogramms ergänzen diese Initiative?

### 2. Abgeordnete

**Matthias Lammert,  
Elfriede Meurer und  
Simone Huth-Haage  
(CDU)**

#### Schutz von Kindern bei Besuchen in Haftanstalten

Die Landesregierung hat in der 24. Sitzung des Rechtsausschusses am 16. November 2017 über eine Vergewaltigung berichtet, zu der es bei einem Besuch in der JVA Diez gekommen sein soll. Hierbei wurde berichtet, dass während des mehrstündigen Besuchs die beiden minderjährigen Kinder des Opfers – die beide nicht mit dem Täter verwandt waren – anwesend waren. Zeitgleich fanden in dem Raum drei weitere Besuche anderer Häftlinge statt. Insgesamt können maximal acht Häftlinge den Raum gleichzeitig nutzen. Der Minister der Justiz hat hierzu ausgeführt, die Anstaltsleitung könne Besuche von Kindern untersagen, wenn der Personensorgerechthaber einen entgegenstehenden Willen äußere. Die personensorgerechthabernde Mutter habe die Kinder mitgebracht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wird im Einzelfall vor dem Besuch von Kindern in Haftanstalten überprüft, wer das Personensorgerechthaberrecht hat?
2. Wird im Einzelfall vor dem Besuch von Kindern in Haftanstalten überprüft, ob für die Kinder eine Gefahr von dem Besuchten ausgeht?
3. Wird im Einzelfall vor dem Besuch von Kindern in Haftanstalten überprüft, ob für die Kinder eine Gefahr von den übrigen Häftlingen ausgeht, die gleichzeitig im selben Raum ihren eigenen Besuch empfangen?
4. Gibt es für Besuche, bei denen Kinder im Besuchsraum anwesend sind, größere Sicherheitsvorkehrungen?

**3. Abgeordneter**  
**Uwe Junge (AfD)**

**Fragen zur Unterbringung des rückfallgefährdeten Somaliers in Haßloch**

Das Koblenzer Oberverwaltungsgericht hat am 14. November 2017 entschieden, dass die Gemeinde Haßloch die Zuweisung des wegen Sexualdelikten vorbestraften Asylbewerbers aus Somalia durch das Land nicht ablehnen darf. Zugleich betont das Gericht, dass nicht die Gemeinden, sondern der Staat „die Sicherheit vor straffällig gewordenen und nach Verbüßung ihrer Haftstrafe noch gefährlichen Menschen“ zu gewährleisten hat. Das Gericht weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in dem für die Unterbringung in einer Wohngruppe maßgeblichen psychiatrischen Gutachten die Rückfallgefahr, auf welche die JVA Frankenthal in einer Stellungnahme hingewiesen hatte, nicht berücksichtigt worden sei, „möglicherweise aufgrund eines eingeschränkten Gutachtensauftrages“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde der rückfallgefährdete Sexualstraftäter nicht in Sicherungsverwahrung oder im Maßregelvollzug untergebracht?
2. Warum lehnt die Landesregierung eine Unterbringung dieses abgelehnten somalischen Asylbewerbers in einer Landeseinrichtung ab?
3. Warum wurde die Rückfallgefahr in dem für die Unterbringung des somalischen Sexualstraftäters in einer Männerwohngruppe maßgeblichen Gutachten nicht berücksichtigt?
4. In welcher Weise wird dieser vor allem für Frauen gefährliche Mann durch die Sozialstation engmaschig überwacht und seine Medikation sichergestellt?

**4. Abgeordnete**  
**Steven Wink und**  
**Marco Weber (FDP)**

**„Woche der Berufsbildung“ in Rheinland-Pfalz**

Im Zeitraum vom 4. November bis zum 11. November 2017 hat in Rheinland-Pfalz die „Woche der Berufsbildung“ stattgefunden. Im Rahmen dieser Woche haben Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung zahlreiche Besuche in Unternehmen, schulischen Einrichtungen sowie Verbänden absolviert und sich über die Situation der beruflichen Bildung in unserem Land informiert.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Situation des Ausbildungsmarkts in Rheinland-Pfalz?
2. Welche Erkenntnisse zieht die Landesregierung aus den im Rahmen der „Woche der Berufsbildung“ absolvierten Besuchen?
3. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um die Attraktivität beruflicher Ausbildungen in Rheinland-Pfalz zu erhöhen?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um die hohe Qualität der beruflichen Bildung auch in Zukunft vor dem Hintergrund sich verändernder Anforderungsprofile der Arbeitswelt sicherzustellen?

**5. Abgeordneter**  
**Andreas Hartenfels**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Ergebnisse der COP 23: Auftakt zum Regelbuch**

Um die freiwilligen Zusagen der Staaten zum Klimaschutz vergleichen, messen und bewerten zu können, ist auf der Weltklimakonferenz in Bonn vom 6. bis 17. November 2017 beschlossen worden, ein Regelbuch zu erstellen. Im kommenden Jahr soll dieses auf der UN-Klimakonferenz im polnischen Kattowitz vertraglich festgeschrieben werden. Weitere Beschlüsse, wie die Gründung einer Allianz für den Kohleausstieg, die Fortschreibung des Fonds aus dem Kyoto-Protokoll für Klimaanpassungsprogramme in ärmeren Ländern und ein gemeinsames Arbeitsprogramm zu Landwirtschaft und Klimawandel wurden in die politische Agenda aufgenommen.

Nichtsdestotrotz müssen die internationalen Bemühungen noch deutlich intensiver werden, um das Zwei-Grad-Ziel einhalten zu können. Würden alle Länder ihre jetzigen Zusagen erfüllen, läge die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur laut Analyse des Climate Action Tracker am Ende des Jahrhunderts immer noch bei bis zu 3,4 Grad. Laut Prognosen des Forscherverbunds Global Carbon Project werden in diesem Jahr die weltweiten Emissionen wohl um etwa zwei Prozent gegenüber 2016 steigen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche wesentlichen Ergebnisse sind auf der Weltklimakonferenz in Bonn erreicht worden?
2. Wie bewertet die Landesregierung diese Ergebnisse?
3. Was kann Rheinland-Pfalz zur Erreichung der Ziele der Weltklimakonferenz beisteuern?
4. Welches Ziel verfolgt die Landesregierung mit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationalparks von Rheinland-Pfalz und Ruanda?

- 6. Abgeordnete**  
**Gerd Schreiner und**  
**Bernhard Henter (CDU)**
- Besoldungsrückstand rheinland-pfälzischer Landesbeamter gegenüber Bund und Ländern**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie hoch ist der Rückstand für jede Besoldungsstufe beginnend mit A6 zum Stichtag 31. Dezember 2017 in Bezug auf den Bund, im Schnitt der Länder und im Hinblick auf die einzelnen Länder?
  2. Welche Überlegungen und konkreten Pläne gibt es, den Besoldungsrückstand des Landes auszugleichen?
  3. Bis wann und in welchen Schritten soll das erfolgen?
- 7. Abgeordnete**  
**Benedikt Oster und**  
**Dr. Denis Alt (SPD)**
- Bahnsteighöhenkonzept 2017 der Deutschen Bahn**
- Nach den aktuellen Plänen der Deutschen Bahn sollen alle deutschen Bahnstationen auf eine einheitliche Höhe von 76 cm gebracht werden, um flächendeckend Barrierefreiheit zu erreichen. Bereits im Jahr 2006 hatte allerdings die Landesregierung mit der DB Station & Service AG ein Bahnsteigzielhöhenkonzept für die im Verantwortungsbereich des Landes liegenden SPNV-Strecken vereinbart. Dieses sieht eine Zielhöhe von 55 cm vor. Infolgedessen wurden bereits zahlreiche Bahnstationen auf die Höhe von 55 cm gebracht und angepasste Züge angeschafft. Die Verkehrsministerkonferenz am 16. November 2017 forderte den Bund auf, ein gemeinsam abgestimmtes Bahnsteighöhenkonzept zu entwickeln.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Folgen wird das Bahnsteighöhenkonzept 2017 der Deutschen Bahn für bestehende Bahnstrecken insbesondere im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Rheinland-Pfalz haben?
  2. Welche Folgen wird das Konzept für den Fahrzeugpark im SPNV in Rheinland-Pfalz haben?
  3. Mit welchen Kosten rechnet die Landesregierung für die notwendigen Umbauten der Bahnsteige in Rheinland-Pfalz?
  4. Welche Ergebnisse hat das für den 20. Oktober 2017 angekündigte Gespräch zwischen der Landesregierung und dem Bund hervorgebracht?
- 8. Abgeordneter**  
**Uwe Junge (AfD)**
- Personalsituation und Maßnahmen in der GfA Ingelheim**
- In der GfA Ingelheim sind derzeit 44 „Häftlinge“ untergebracht. Von diesen sind 14 aus Rheinland-Pfalz. Ursprünglich war die Einrichtung für die Unterbringung von bis zu 150 Häftlingen ausgelegt. Nach aktuellem Stand fasst die Einrichtung 40 Häftlinge. Aktuell sind zu deren Bewachung 13 Vollzeitkräfte und eine Teilzeitkraft vom Land Rheinland-Pfalz beschäftigt sowie etwa doppelt so viele Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes. Bei dem vom Land eingesetzten Personal wird abwechselnd von Landesbeamten und Landesbediensteten gesprochen. Zwei weitere vollzeitbedienstete Landesbeamte sollen in der GfA eingesetzt werden. Weiterhin sind verschiedene Umbaumaßnahmen vorgesehen.
- Hierzu frage ich die Landesregierung:
1. Wie viele Landesbeamte (Beamtenverhältnis), wie viele Landesbedienstete (Angestellte im öffentlichen Dienst) und wie viel privates Sicherheitspersonal sind in der GfA tätig?
  2. Nach welcher Besoldung werden die Landesbeamten vergütet, welche Tarifstufe haben die Landesbediensteten und welches Gehalt (Stundenlohn) erhalten die Mitarbeiter des privaten Sicherheitsdienstes?
  3. In welchem konkreten Zeitraum sollen die angedachten Umbaumaßnahmen zur Steigerung der Sicherheit umgesetzt werden?
  4. Wie viele Räume zur Unterbringung sind zurzeit aus welchem Grund nicht nutzbar?

- 9. Abgeordnete**  
**Thomas Roth und**  
**Cornelia Willius-Senzer**  
**(FDP)**
- Zukunft der vorsorgenden Rechtspflege durch Notarinnen und Notare in Europa**
- Beim parlamentarischen Abend der Notarkammer Pfalz am 15. November 2017 wurde die Besorgnis geäußert, die vorsorgende Rechtspflege in Deutschland sei durch Rechtssetzungsakte der EU bedroht. Als aktuelles Beispiel wurde der Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission vor Einführung eines zentralen digitalen Zugangstors (Single Digital Gateway) vom 2. Mai 2017 genannt. Dies könnte auch Auswirkungen auf die vorsorgende Rechtspflege in Rheinland-Pfalz haben.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung den Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission hinsichtlich der Eintragung ins Handelsregister?
  2. Sind weitere Legislativvorschläge der EU-Kommission im Gesellschaftsrecht angekündigt?
  3. Ist eine Deregulierung der lateinischen Notariatsverfassung durch Legislativvorschläge der EU-Kommission zu erwarten?
  4. Sind die zentralen Strukturmerkmale der Notariatsverfassung in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts anerkannt?
- 10. Abgeordnete**  
**Dr. Bernhard Braun**  
**und Daniel Köbler**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
- Neue Enthüllungen zu Steuerhintergehungsstrategien durch „Paradise Papers“**
- Journalistinnen und Journalisten des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) veröffentlichten in den sogenannten „Paradise Papers“ am 5. November 2017 neue Enthüllungen zu Steuervermeidungstricks und Steuerhintergehungsstrategien von international tätigen Konzernen und Privatpersonen. Laut Medienberichten entgehen Deutschland damit Steuereinnahmen von schätzungsweise 17 Milliarden Euro allein durch unsolidarisches Verhalten international tätiger Unternehmen.
- Rheinland-Pfalz benötigt Steuereinnahmen für notwendige Investitionen zum Beispiel in gute Bildung und Ausbildung, die öffentliche Infrastruktur sowie Umwelt und Klimaschutz. Steuervermeidungsstrategien, wie sie in den „Paradise Papers“ aufgedeckt wurden, gefährden diese Einnahmen und schaden damit unserer Gesellschaft und ihrem Zusammenhalt.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die Enthüllungen des Journalistenkonsortiums (ICIJ), die in den „Paradise Papers“ veröffentlicht wurden im Hinblick auf die Steuergerechtigkeit auch in Rheinland-Pfalz?
  2. Sind nach Kenntnissen der Landesregierung rheinland-pfälzische Unternehmen oder Privatpersonen von den Enthüllungen der „Paradise Papers“ betroffen?
  3. Welche Konsequenzen sollten nach Ansicht der Landesregierung aus den Veröffentlichungen der „Paradise Papers“ auf Bundesebene und internationaler Ebene gezogen werden?
  4. Gibt es Erkenntnisse, wie viele Steuereinnahmen durch Steuervermeidungsstrategien international tätiger Unternehmen und Privatpersonen dem Land Rheinland-Pfalz verloren gehen?
- 11. Abgeordnete**  
**Marion Schneid und**  
**Reinhard Oelbermann**  
**(CDU)**
- Situation der Musikschulen in Rheinland-Pfalz**
- Der Landesverband der Musikschulen Rheinland-Pfalz beklagt die zunehmend schlechte finanzielle Situation sowie Fachkräftemangel an den Musikschulen (Trierischer Volksfreund, 11. November 2017).
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie hoch sind die Landeszuweisungen an die 42 Musikschulen in Rheinland-Pfalz – prozentual am Gesamtbudget und insgesamt?
  2. Wie hoch ist der prozentuale Anteil der Elternbeiträge an den Gesamtkosten für den Musikschulunterricht ihrer Kinder?
  3. Sieht die Landesregierung eine zunehmende Zeitproblematik angesichts einer wachsenden Zahl an Ganztagschülern, die erst nach 16.30 Uhr ein Angebot einer Musikschule anwählen können?
  4. Welche Entwicklungsperspektive sieht die Landesregierung für die Musikschulen angesichts ihrer finanziellen Situation und zu befürchtenden Nachwuchsproblemen?

**12. Abgeordnete****Johannes Klomann  
und Martin Haller (SPD)****Pilotprojekt „Lehre plusHS“**

Das Anfang November 2017 vom Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur mit initiierte Pilotprojekt „Lehre plusHS“ ermöglicht Auszubildenden spezifischer Berufe den Besuch von Lehrveranstaltungen der Hochschule. Die im Projekt erworbenen Leistungen werden sowohl für ein mögliches späteres Studium als auch für die Meisterprüfung anerkannt. Damit werden berufliche Ausbildung und Hochschule innovativ verzahnt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie funktioniert das Pilotprojekt „Lehre plusHS“?
2. Welche Hochschulen und Berufsbildenden Schulen beteiligen sich bereits am Projekt und wie viele haben Interesse zu partizipieren?
3. Gibt es bereits Interesse von Unternehmen am Projekt?

**13. Abgeordnete****Marco Weber und  
Monika Becker (FDP)****Auszahlung der EU-Fördermittel in Rheinland-Pfalz**

Das Jahr 2017 war wie auch das Vorjahr ein schwieriges für die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz. Neben extremen Witterungsverhältnissen stellt die angespannte Situation auf den Agrarmärkten die Landwirtinnen und Landwirte weiterhin vor große Herausforderungen. Umso wichtiger ist in dieser Situation die zeitnahe Entlastung aus Mitteln der Europäischen Union, denn die Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU stellen die wichtigsten Posten unter den Fördermitteln dar.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Landwirtinnen und Landwirte haben 2017 in Rheinland-Pfalz EU-Direktzahlungen beantragt?
2. Welcher Betrag wird im Jahr 2017 insgesamt ausgezahlt?
3. Wann ist in diesem Jahr mit der Auszahlung der Direktzahlungen zu rechnen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung den Sinn dieser beiden Förderinstrumente vor dem Hintergrund der GAP 2020?

**14. Abgeordnete****Christian Baldauf und  
Gabriele Wieland (CDU)****Änderung des Landesstraßengesetzes**

Nach wie vor werden mögliche Abstufungen von Kreisstraßen zu Gemeindestraßen vor dem Hintergrund der Verkehrsbedeutung und der Anschlussfunktion der entsprechenden Straßen diskutiert. Viele Kommunen befürchten, dass sie künftig für mehr Straßen als bisher zuständig sein sollen. Im Januar 2017 wurde vonseiten der CDU-Fraktion ein Gesetzentwurf zur Änderung des Landesstraßengesetzes in den Landtag eingebracht. Dieser wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt.

In der Beantwortung der Kleinen Anfrage (Drucksache 17/4468) schildert die Landesregierung den zeitlichen Verlauf und die einzelnen Arbeitsschritte bei der Erstellung des entsprechenden Gesetzentwurfs. Hier bleiben allerdings wesentliche Fragen offen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie gestaltet sich der weitere zeitliche Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens (bitte konkrete zeitliche Angaben)?
2. Für wann ist der Abschluss der rechtsförmlichen Prüfung des Gesetzentwurfs angesetzt?
3. Für wann ist die zweite Befassung des Gesetzentwurfs im Ministerrat angesetzt?
4. Inwieweit geht aus der von Januar bis März 2017 durchgeführten Datenerhebung hervor, wie viele Kreisstraßen in den letzten fünf Jahren in Rheinland-Pfalz abgestuft worden sind?

15. Abgeordnete  
**Bettina Brück und  
 Giorgina Kazungu-Haß**  
 (SPD)

### **Begabtenförderung in Rheinland-Pfalz**

Das Projekt „Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“, das vor wenigen Tagen startete und insgesamt zehn Jahre läuft, hat zum Ziel, besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu fördern. Auch in Rheinland-Pfalz werden ab sofort 17 Pilotschulen an dem Projekt teilnehmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das Projekt?
2. Welche Schulen werden als Pilotschulen an dem Projekt teilnehmen?
3. Haben die teilnehmenden Schulen besondere Schwerpunkte?
4. Welche Besonderheiten beinhaltet das Projekt?

16. Abgeordnete  
**Christian Baldauf,  
 Elfriede Meurer,  
 Bernhard Henter und  
 Matthias Lammert**  
 (CDU)

### **Personalsituation in Haftanstalten**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Planstellen sind in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugs-, Jugendstraf- und Jugendarrestanstalten derzeit nicht besetzt (bitte einzeln nach Anstalten aufschlüsseln)?
2. Hält die Landesregierung an ihrem Vorhaben fest, im Doppelhaushalt 2017/2018 insgesamt zehn Stellen im Strafvollzug einzusparen?
3. Wie viele dieser Stellen sind im Haushaltsjahr 2017 bislang bereits weggefallen?
4. Wie viele Stellen des Allgemeinen Vollzugsdienstes sind in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugs-, Jugendstraf- und Jugendarrestanstalten derzeit mit Anwärtern besetzt (bitte einzeln nach Anstalten aufschlüsseln)?

17. Abgeordnete  
**Jutta Blatzheim-Roegler**  
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Verkehrswende in den Kommunen – Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz fordert Mobilitätsoffensive**

Am 13. November 2017 hat der Gemeinde- und Städtebund auf seiner Mitgliederversammlung in Ingelheim u. a. unter Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Landespolitik mehr finanzielle Unterstützung durch das Land gefordert, um die Umweltbelastungen durch den Verkehr zu reduzieren und drohende Fahrverbote abwenden zu können. Schwerpunktmäßig konzentrierten sich die Forderungen auf die Nachrüstung von Dieselmotoren, den Aufbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, den Ausbau des ÖPNV und die Ertüchtigung der regionalen Netze zur Erbringung der Ladeleistung.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Mit welchen Mitteln und Maßnahmen unterstützt das Land bereits die Städte und Gemeinden in Hinblick auf ihre Forderungen zur Luftreinhaltung, Nachrüstung von Dieselmotoren, Aufbau der Ladeinfrastruktur, Ausbau des ÖPNV und die Ertüchtigung der regionalen Stromnetze?
2. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund der Anträge und Anfragen durch Gemeinden und Städte bei der Energieagentur Rheinland-Pfalz das Interesse nach Umstellung auf Elektromobilität?
3. Welche Maßnahmen sind vonseiten der Landesregierung geplant, um die Nutzung des ÖPNV einfacher und attraktiver zu gestalten?
4. Wie schätzt die Landesregierung die zeitnahe Möglichkeit des Mittelabflusses aus dem angekündigten Milliardenfonds des Bundes und der Autohersteller ein, der im Zuge der beiden „Dieselgipfel“ im August und September 2017 beschlossen wurde?

**18. Abgeordnete****Pia Schellhammer****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Die Natur des rechtsextremistischen Lebensstils**

Das Umweltministerium hat vergangene Woche die Broschüre „Die Natur des rechtsextremistischen Lebensstils. Eine kritische Analyse“ herausgegeben. Darin werden verdeckte Versuche rechtsextremer Kreise aufgezeigt, die unter dem Deckmantel des Naturschutzes für ihre menschenverachtende Ideologie werben.

Dazu frage ich die Landesregierung:

1. Welche Gründe hat es gegeben, dass das Umweltministerium sich mit dem Thema Rechtsextremismus im Umwelt- und Naturschutz auseinandersetzt?
2. Was sind die zentralen Erkenntnisse der der Broschüre zugrunde liegenden Untersuchung?
3. Welche Aktivitäten haben Vertreter der rechtsextremen Szene in den vergangenen Jahren unternommen, um ihre Ideologie im Umwelt- und Naturschutz zu verbreiten?
4. Welche Aktivitäten entfalten sich über diese Broschüre hinaus durch die Initiative „Naturschutz gegen Rechtsextremismus“?

